

NACHRICHTEN

Kohl sieht sich nicht als Rechtsbrecher

MÜNCHEN: Altkanzler Helmut Kohl sieht in seinem Schweigen zur Herkunft von Barspenden in Millionenhöhe weiterhin keinen Verfassungsbruch. «Ich kann nicht erkennen, dass mein gegebenes Wort und die Verschwiegenheit bezüglich der Spender ein Verstoß gegen die Verfassung sind», sagte er in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit dem Nachrichtenmagazin «Focus». Gleichzeitig bestätigte er, bereits vor 1993 Barspenden erhalten zu haben. Die Strafforderung von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse von 41,3 Millionen Mark an die CDU nannte Kohl völlig überzogen. Seine Partei habe recht, sich dagegen auch vor Gericht zu wehren. Kohl hat nach eigenen Angaben bereits sieben Millionen Mark gesammelt, um den durch sein Handeln entstandenen Schaden auszugleichen.

Zusätzlicher Schutz für Ex-Diktator Pinochet

CHILE: Der ehemalige chilenische Diktator Augusto Pinochet ist vom Parlament mit einem zusätzlichen Schutz gegen Strafverfolgung ausgestattet worden. Eine entsprechende Verfassungsänderung wurde mit 113 Stimmen bei 27 Gegenstimmen und drei Enthaltungen vom Kongress angenommen. Im Parlament in Valparaiso kam es zu lautstarken Protesten von Angehörigen der Diktaturpfeiler. Menschenrechtsgruppen sahen die Chancen für eine Anklage gegen den 84-Jährigen schwinden. Die neue Bestimmung in der Verfassung sieht vor, dass ein ehemaliges Staatsoberhaupt wie Pinochet oder Ex-Präsident Eduardo Frei auch dann gegen Strafverfolgung geschützt ist, wenn es sein bisher unwiderrufbares Senatsamt auf Lebenszeit aufgibt. Sollte Pinochet von dem Angebot Gebrauch machen und sich aus dem Senat zurückziehen, könnte auch der Antrag des chilenischen Richters Juan Guzman ins Leere laufen, die Immunität des früheren Gewaltherrschers als Senator aufzuheben.

Schüssel sieht keine feste EU-Front mehr

DÜSSELDORF: Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat beim EU-Gipfel in Lissabon den Eindruck gewonnen, dass es keine gemeinsame Front mehr gegen Österreich gibt. Das sagte er dem Düsseldorfer «Handelsblatt» (Montagausgabe). «Ein Ende der Sanktionen habe ich in Lissabon nicht erwartet. Es gibt aber stille Signale», erklärte Schüssel. «Es ist uns beim Treffen der Staats- und Regierungschefs gelungen, einen offenen Dialog zu führen.» Der Vorsitzende der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) fügte hinzu: «Es liegen Welten zwischen der Art und Weise, mit der Finnland und Portugal auf der einen und Frankreich und Belgien auf der anderen Seite die Sanktionen umsetzen.»

Eisenbahnerstreiks legen Verkehr lahm

MADRID/ROM: Mit landesweiten Streiks haben Eisenbahner den Zugverkehr in Spanien und Italien am Wochenende weitgehend lahm gelegt. Vom italienischen Streik waren auch Schweizer Verbindungen betroffen. In Spanien verkehrte nur etwa ein Drittel der Züge, Hunderttausende von Fahrgästen warteten vergeblich. Die Züge auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke Madrid-Sevilla sowie die Luxus-Schnellzüge verkehrten als einzige fahrplanmässig. Das italienische Fernsehen sprach unterdessen von chaotischen Verhältnissen auf den Bahnhöfen in Mailand und Rom, wo Tausende von Reisenden stundenlang vergeblich auf die Züge warteten. Seit Samstagabend sei der Bahnverkehr in Italien komplett zum Erliegen gekommen, berichtete die Zeitung «Corriere della Sera».

Wassermangel nimmt kritische Ausmasse an

MALLORCA: Die Folgen der Dürre auf der spanischen Ferieninsel Mallorca sind offenbar schlimmer als bislang angenommen. Der Wassermangel nehme kritische Ausmasse an, sagte der Regierungschef der Region der Balearen, Francesc Antich. Angesichts des Touristenzustroms im Sommer seien zusätzliche «Notmassnahmen» erforderlich. Nach Presseberichten vom Sonntag soll dazu auch ein möglicher Ausbau der Meerwasser-Entsalzungsanlage gehören. Diese Möglichkeit hatte die Balearen-Regierung bislang ausgeschlossen.

Wladimir Putin klar vorn

Präsidentenwahlen in Russland - Zweiter Wahlgang möglich

MOSKAU: Der amtierende Staatschef Wladimir Putin ist am Sonntag als klarer Sieger aus den Präsidentenwahlen hervorgegangen. Es war jedoch am Abend ungewiss, ob Putin über 50 Prozent der Stimmen hat oder eine zweite Runde nötig ist.

Erste, nicht aussagekräftige Teilergebnisse der Zentralen Wahlkommission in Moskau sahen Putin mit 45,1 Prozent in Führung. Sie basieren jedoch auf wenigen Prozent gezählter Stimmen aus dem Fernen Osten Russlands und Sibiriens.

Putin müsste mehr als 50 Prozent aller abgegebenen Stimmen bekommen, um in der ersten Runde gewählt zu sein. Ein zweiter Wahlgang würde am 16. April stattfinden. Die Wahlbeteiligung lag landesweit bei 65,8 Prozent.

Eine Befragung der regierungsnahen Expertengruppe WWP von 80.000 Wählerinnen und Wählern unmittelbar nach deren Stimmabgabe ergab einen Sieg Putins mit 51,2 Prozent.

Kommunistenchef Gennadi Sjuganow erhielt dort 29,4 Prozent. Bei den ersten Teilergebnissen kam er auf 30,9 Prozent. Auf dem dritten Rang folgte weit abgeschlagen der Liberale Grigori Jawlinski.

Fortgesetzte Angriffe

In der kriegszerstörten Republik Tschetschenien war die Zivilbevölkerung gemeinsam mit den russischen Soldaten zu den Urnen gegangen. Die Wahl dort wurde von Zwischenfällen überschattet. In den Bergen kesselten russische Truppen eine Gruppe von Rebellen bei dem Ort Zenterei ein und griffen sie mit Luftwaffe und Artillerie ein.

Putin kündigte bei der Stimmabgabe in Moskau eine unerbittliche



Der russische Präsident Putin (hier im Bild mit seiner Gattin auf dem Weg zur Urne) hat nach ersten Hochrechnungen weitaus am meisten Stimmen bekommen. Ein zweiter Wahlgang ist allerdings nicht ausgeschlossen.

Fortsetzung des Krieges an. «Die Banditen wollen die Waffen nicht niederlegen», sagte er. «Wir werden alle Mittel und Kräfte unserer Truppen gegen sie einsetzen.» Bei der zweiten Präsidentenwahl in Russland seit dem Ende der Sowjetunion waren insgesamt etwa 108 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, einen neuen Staatschef zu bestimmen. Elf Kandidaten bewarben sich um die Nachfolge von Boris Jelzin. Dieser sagte bei der Stimmabgabe, er erhoffe sich von seinem Nachfolger eine Fortsetzung der Reformen. «Davon bin ich überzeugt», sagte er. Wahlbeobachter Frey: Verlauf Normal Nach Einschätzung von Nationalrat Claude Frey (FDP/NE) ver-

lieft die russische Präsidentenwahl normal. Frey und sein Ratskollege Andreas Gross (SP/ZH) sind Mitglieder einer 17-köpfigen Europaratsdelegation, welche die Wahl beobachtete.

In den von ihm besuchten rund 15 Wahllokalen in Kursk, 500 Kilometer westlich von Moskau, seien sowohl die Wahl als auch die Auszählung korrekt verlaufen.

Die internationalen Beobachter hatten sich dagegen entschieden, nach Tschetschenien und die benachbarten Teilrepubliken Dagestan und Inguschetien zu fahren, weil die Voraussetzungen für eine faire Wahl dort nicht gegeben seien. Die Registrierung der Stimme-

rechtigten und der Wahlkampf in Tschetschenien hätten nicht den internationalen Standards entsprochen, sagte Helle Degen, die Delegationsleiterin der Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

Regierungschef Putin war vom zurückgetretenen Präsidenten Boris Jelzin am Silvestertag 1999 gemäss Verfassung als kommissarischer Präsident eingesetzt worden. Er kündigte in seinem Wahlkampf eine Stärkung des Staates und eine «Diktatur des Gesetzes» an. Etwa 1000 internationale Beobachter, unter ihnen rund 300 Vertreter der OSZE, überwachten die Wahlen.

Papst bittet Juden um Vergebung

Johannes Paul II. an der Klagemauer

JERUSALEM: Papst Johannes Paul II. hat die Juden vor der Klagemauer in Jerusalem im Namen der Christen um Vergebung gebeten. Mit Gebeten in der Grabeskirche beendete er am Sonntag seine historische Pilgerreise im Heiligen Land.

Auf einen Stock gestützt verlas der Papst seine Bitte an das jüdische Volk. «Wir sind bestürzt über das Verhalten derjenigen, die im Lauf der Geschichte den Kindern des jüdischen Volkes Leid zugefügt haben», sagte der 79-Jährige. Mit zitternder Hand steckte der Papst das Manuskript seiner Erklärung in einen Spalt zwischen den Mauersteinen der heiligsten Stätte des Judentums. Die Rede an der Klagemauer war das zweite bedeutende Zeichen der Aussöhnung mit den Juden auf der einwöchigen Pilgerreise des Papstes durch den Nahen Osten.

Tiefe Trauer

Am Donnerstag hatte Johannes Paul II. beim Besuch des israelischen Holocaust-Mahnmal Jad Vasschem tiefe Trauer über die Verbrechen der Christen an den Juden geäußert. Er ging aber nicht so weit, sich für das Verhalten der Kirche und des damaligen Papstes, Pius XII., zu entschuldigen. Ungeachtet der Kritik zeigten sich Isreali und Palästinenser insgesamt mit dem Besuch des Papstes zufrieden. Die israelische Presse würdigte die Aussagen des Papstes zu den Judenverfolgungen. Das palästinensische

Parlament bedankte sich für die Unterstützung der «gerechten Sache des palästinensischen Volkes».

Ausserhalb der Anlage um die Klagemauer nahmen Polizisten am Sonntag mehrere radikale Juden fest, die verdächtigt wurden, die Zeremonie stören zu wollen. Der Papst und seine Begleiter, die als Zeichen des Respekts die im Judentum üblichen Scheitelkappchen trugen, waren unter strengem Sicherheitsaufgebot zur Mauer gelangt. Zuvor war der Papst mit dem moslemischen Grossmufti von Jerusalem zusammengetroffen.



Papst Johannes Paul II. bat die Juden vor der Klagemauer in Jerusalem im Namen der Christen um Vergebung. (Bild: Keystone)

Gipfel-Treffen beendet



Das Gipfel-Treffen zwischen Bill Clinton (rechts) und Syriens Staatschef Assad wurde gestern nach rund fünf Stunden beendet.

GENÈVE: Das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Bill Clinton und Syriens Staatschef Hafez el Assad in Genf ist am Sonntagabend gegen 20.20 Uhr beendet worden. Über Ergebnisse der Gespräche wurde zunächst nichts bekannt.

Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger wollte aber im Verlauf des Abends in Genf über den Ausgang der Gespräche informieren, wie es aus US-Kreisen hiess. Ob auch - wie im Vorfeld des Gipfeltreffens angekündigt - eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht wurde, blieb vorerst offen.

Die Gespräche hatten um 15.00 Uhr begonnen und waren nach rund dreieinhalb Stunden unterbrochen worden. US-Aussenministerin Madeleine Albright und ihr syrischer Amtskollege Faruk el Schara setzten während des Unterbruchs aber ihre

Beratungen fort, wie ein Sprecher des Weissen Hauses erklärte. Nach der Pause kamen Clinton und Assad nach Angaben des Sprechers nochmals zusammen. Bei den Gesprächen in Genf wollten Clinton und Assad die Möglichkeiten für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses mit Israel ausloten.

Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak sagte am Sonntag, der Gipfel sei wichtig, «weil wir am Ende wissen werden, ob wir einen Partner haben, mit dem wir verhandeln können». Die Chancen stünden 50 zu 50, sagte Barak nach Angaben seines Sprechers während einer Kabinettsitzung.

Albright zeigte sich vor den Gesprächen vorsichtig. Es könne sich auch herausstellen, dass die Positionen Israels und Syriens nicht vereinbar seien, sagte sie gegenüber US-Medien.